

Informationsblätter

Militär, Militarisierung und Bildung

In der Diskussion um die Bedeutung der Streitkräfte für die Gesellschaft in Deutschland wird der Begriff der Militarisierung immer häufiger verwendet. Sehr häufig wird von einer Militarisierung der Schule gesprochen, seit das Militär seinen Einfluss auf die Schülerinnen und Schüler zu verstärken versucht. Ein Anzeichen für dieses Bemühen sind die Kooperationen zwischen Bundeswehr-Kommandos und Schul-Ministerien. Doch dieser Begriff der Militarisierung wird sehr verschieden verwendet und nicht sehr deutlich bestimmt. Dieses Problem hat auch Konsequenzen für Verbände der Friedensbewegung wie den Bund für Soziale Verteidigung: Ist es möglich, zugleich gegen Militarisierung und für Friedensbildung aufzutreten, zugleich gegen Militarisierung und neben Militär in Schulen aufzutreten? Es scheint also nötig, die Bedeutung von Militarisierung und von Militär sowie die Beziehung zwischen beiden einmal näher zu definieren und zu analysieren.

Militär und Militärkritik

Das Fremdwort Militär stammt von dem lateinischen Wort *militaris* und bedeutet „den Kriegsdienst betreffend“; *militaris* geht wieder auf die Wurzel *miles* zurück, dem Ausdruck für „Soldat“. Als Militär werden „die bewaffneten Verbände eines Staates oder eines Bündnisses bezeichnet, die aufgestellt werden, um die äußere Sicherheit und zum Teil auch die innere Sicherheit zu gewährleisten“ (s. Artikel „Militär“ in Wikipedia). Es geht also um eine Institution, die durch ein bestimmtes Mittel (Waffen), einen bestimmten Träger (Staat bzw. Staatenbündnis) und einen bestimmten Zweck definiert wird.

Als Zweck von Militär wird in der Regel die Schaffung bzw. Aufrechterhaltung von Sicherheit angegeben. Unter Sicherheit wird meist

verstanden der Schutz einer ganzen Gesellschaft oder eines Staates vor Gefahren und Bedrohungen. Äußere Sicherheit bezeichnet in der Regel den Schutz vor anderen Staaten, innere Sicherheit den Schutz vor bestimmten Teilen der Gesellschaft. (z.B. Artikel „Sicherheit“ von Dieter Lutz im Wörterbuch „Staat und Politik“ von Dieter Nohlen) Beide, innere und äußere Sicherheit, gelten aber als immer stärker verbunden, und nicht-militärische Sicherheitsrisiken nehmen in der Sicherheitspolitik einen immer größeren Raum ein (s. das Weißbuch 2006 der Bundesregierung, wo als Sicherheitsrisiken u.a. auch Bedrohungen des freien Handels und unkontrollierte Migration genannt werden).

Die Schwierigkeit besteht darin, dass zum einen fraglich ist, ob Sicherheit als Verteidigung und Schutz oder Frieden als Ausgleich und Verstän-

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
Konto 89 420 814
IBAN DE73 490501010089 420814
Swift-Code WELADED1MIN

Der BSV ist Mitglied dieser Organisationen:

European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

digung den höheren Zweck der staatlichen Ordnung darstellen.

Zum anderen unterscheiden sich die beiden Einrichtungen äußerer und innerer Sicherheit, Militär und Polizei, nicht nur durch eben diesen Zweck, sondern auch durch die Details der Mittel-, d.h. der Waffenverwendung. Die Polizei darf Waffen nur verwenden, wenn das gesetzlich geregelt ist, d.h. wenn Betroffene wissen können, dass sie gegen sie verwendet werden dürfen. Das Militär verwendet Waffen, auch wenn Betroffene (im Ausland oder im Krieg) deren Regeln nicht kennen können. Die Polizei darf Waffen im Grunde nur zur Notwehr und zur (erweiterten) Nothilfe einsetzen. Das Militär verwendet Waffen auch zum Angriff. Darum ist es falsch, wenn in einem Auslandseinsatz Militär als Polizei dargestellt wird oder sich in einem Inlandseinsatz Polizei wie Militär verhält. Oder wenn gar Militär innergesellschaftlich eingesetzt wird, wie das in vielen Ländern der Welt geschieht und (mit starken Einschränkungen) auch in Deutschland erlaubt ist.

Militarismus und Militarismuskritik

Militär stellt auch eine Idee dar, die zum Selbstzweck werden kann. Hinter dem Begriff „Waffe“ steht der Gedanke, dass Konflikte mit Gewalt geregelt werden können. Und hinter dem Begriff „Staat“ der Gedanke, dass Kollektive durch Herrschaft geordnet werden müssen. Diese Grundsätze der Gewalt und der Herrschaft gelten nicht nur im Militär, sondern beanspruchen Geltung auch in Bereichen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Wie es eine geschichtliche Beziehung von der Realität des Kapitals zur Ideologie des Kapitalismus gibt, so auch von der Realität des Militärs zur Ideologie des Militarismus. Militarismus beinhaltet die Dominanz militärischer Ideen wie „Stärke vor Recht“ oder „Befehl und Gehorsam“ im politischen und sozialen Leben. Oft wird von Militarismus gesprochen, wenn eine Dominanz militärischer Institutionen im politischen und sozialen Leben festgestellt werden kann. Je nach politischer Ideologie wird dieser Militarismus verschieden bewertet.

Es gibt sogar Ansätze, diesen nur als „viel Militär“ zu definieren und als „förderlich für die Gesellschaft“ zu begrüßen. Nach dem Politologen Wilfried von Bredow (Militär und Demokratie in Deutschland: Eine Einführung, 2007) sah die deutsche politische Elite unter Wilhelm II. das Militär als Bürgerpflicht zur Verteidigung des Staates und als „Motor der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung“ bzw. „Schule der Nation“.

Daneben steht die Definition als „zu viel Militär“, die Kritik als „schädlich für die Gesellschaft“. Nach dem Politiker Karl Liebknecht wird der Militarismus als Ausdruck der (abzuschaffenden) kapitalistischen

Klassengesellschaft angesehen (z.B. Wolfram Beyer: Pazifismus und Antimilitarismus, 2012).

Die Gegenbewegung zum Militarismus stellt der Antimilitarismus dar, der sich oft mit sozialistischen Ideen verbindet. Eigentlich steht der Antimilitarismus, wie der Name schon sagt, nur gegen den Militarismus im Sinn von „zu viel Militär“ (Apparat oder Ideologie). Dies zeigt sich z.B. in der Ablehnung von Militär als Ersatz für Polizei (sei es im Inland oder Ausland) oder im Einfluss auf Politik (sei es durch Soldaten als Parlaments- oder Regierungsmitglieder). Problematisch wird ausschließlicher Antimilitarismus dann, wenn dieser nicht jede Gewalt ablehnt, sondern z.B. revolutionäre Gewalt oder gewaltsamen Protest gegen das Militär rechtfertigt.

Militarisierung

„Militarisierung ist ein schwer zu fassender Begriff, der viele Lesarten und Definitionen bietet. Ein eher qualitativer Ansatz versteht unter „militarisieren“ einen Staat oder eine Gesellschaft auf die Bedürfnisse des Militärwesens auszurichten [...]. Quantitativ meint „militarisieren“, einen Staat bzw. ein Gebiet mit Militär oder mit militärischen Einrichtungen auszustatten [...]“ (Bundeszentrale für politische Bildung, Stichwort Militarisierung)

Wenn Militarismus ein Zustand ist, dann ist Militarisierung ein Vorgang. Wenn Militarismus „viel oder zu viel Militär“ bedeutet, dann bedeutet Militarisierung „mehr Militär“. Es stellt sich aber die Frage, ob damit gemeint ist „mehr Militärapparat“ oder „mehr Militärideologie“, also mehr Militarismus, oder beides zugleich?

Das Bonn International Centre for Conversion (BICC) ist eine der führenden deutschen Friedensforschungseinrichtungen und erstellt auch einen Globalen Militarisierungsindex. Hier wird Militarisierung definiert als „die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes“. Der Index setzt sich aus fünf Indikatoren zusammen:

Zuerst werden die Militärausgaben ins Verhältnis gesetzt zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und den medizinischen Ausgaben (Anteil am BIP). Dies kann der finanzielle Aspekt von Militarisierung genannt werden. Sodann wird die Zahl des militärischen Personals im Verhältnis zur Bevölkerung und zur Zahl des medizinischen Personals berechnet. Das entspricht dem personellen Aspekt von Militarisierung. Schließlich wird die Zahl der schweren Waffen im Verhältnis zur Bevölkerung ermittelt. So wird der materielle Aspekt von Militarisierung dargestellt. Hier ist darauf hinzuweisen, dass ein Zusammenhang zwischen Personal und Material einerseits sowie Personal/Material und Finanzen andererseits besteht: Je mehr Soldaten die-

nen, desto mehr Waffen und Geld werden gebraucht. Allerdings geht hier die Tendenz hin zu mehr und teurer Technologie, die weniger Personal erfordert (extremes Beispiel sind Drohnen).

Tanja Thomas und Fabian Virchow beschreiben dagegen in ihrem Buch „Banal Militarism“ die Veralltägung des Militärischen im Zivilen, also Militarisierung im Sinn von mehr Militarismus oder militaristischer Ideologie. Sie benennen die Repräsentation, Inszenierung und Aneignung des Militärischen in Literatur, Theater, Kino, (Computer-)Spiel, Mode sowie in der Presse und im Alltagsleben als Indikatoren. Daraus lässt sich kein simpler Index errechnen, und darum ist diese Definition auch (noch) weniger gebräuchlich. In einer Zeit, in der quantitative Abrüstung (Reduzierung des Personals oder der Kasernen) und qualitative Aufrüstung gleichzeitig vorkommen, ist diese Definition jedoch notwendig.

Militarisierung und Bildung

Darüber hinaus ist Militarisierung neben den Indikatoren aus der Kultur und den Medien auch um solche aus dem Bereich der Bildung zu erweitern. Denn nach dem Brockhaus gelten als Indikatoren des Militarismus (und damit nach Thomas/Virchow der Militarisierung) auch die Einwirkung des Militärs auf das Erziehungswesen und seine Einordnung als Erziehungseinrichtung. Und diese Einwirkung lässt sich sachlich beschreiben, denn die Militarisierung der Bildung ist wohl einer der wichtigsten, doch zugleich einer der verstecktesten Aspekte der Militarisierung insgesamt.

Der Staat ist bestimmt als eine Herrschaftsordnung und als der Träger des Militärs. Bildung ist bestimmt als Entwicklung der personalen und sozialen Kompetenzen des Menschen. Sie zielt (nach dem Didaktiker Wolfgang Klafki) auf die Fähigkeit zur Selbstbestimmung, zur Mitbestimmung und zur Solidarität. Das setzt die Fähigkeit zu Kommunikation, Kompromiss und Konsens voraus, schließt also gerade militantes Durchsetzungsvermögen aus. Wenn nun der Staat das Bildungswesen regelt, ergibt sich der Widerspruch zwischen dem Staatsziel der Anerkennung von Gewalt und dem Bildungsziel der Ablehnung von Gewalt. Eine verbreitete Scheinlösung lautet, dass die Bildung das Ziel der Anerkennung von staatlicher Gewalt, aber der Ablehnung von persönlicher Gewalt verfolgt. Dem entspricht, dass sie Inhalte sowohl von Kriegen als auch von Frieden vermittelt.

Das Beispiel des Bildungswesens zeigt, wie sehr gesellschaftliche und politische (sowie auch ökonomische) Fragen verbunden sind. Erziehungskultur und Bildungspolitik lassen sich in der Schule kaum mehr trennen. Wenn militärische Prinzipien zu politischen Prinzipien werden können und politische zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, dann kann sich

militaristische Ideologie auch in der ganzen Gesellschaft und Wirtschaft verbreiten. Diese These soll mit drei Argumenten begründet werden.

1. Militärisches Denken beruht zum Ersten darauf, dass sowohl KombattantInnen als auch NonkombattantInnen in der Regel in Freunde und Feinde unterschieden werden. Kriege können nur geführt werden (nach Definition der AKUF – Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung), wenn mindestens bei beiden Parteien eine gewisse Kontinuität und Organisation gegeben ist. Der einzelne Soldat bzw. die einzelne Soldatin muss wissen, welche anderen SoldatInnen zu seiner/Ihrer Partei gehören und welche nicht. Man muss wissen, wen man bekämpft und wen nicht. Dies leisten Uniformen oder ähnliche Zeichen. Sie lassen Einzelne zum Teil eines Ganzen werden. Der Andere muss nicht mehr als Mensch, sondern kann als Mitglied einer befreundeten oder verfeindeten Partei angesehen und entsprechend verteidigt oder angegriffen werden. Ob einem Soldaten einige Feinde ähnlicher als einige Freunde sind, spielt keine Rolle. Ob der gleiche Soldat erst Freund, dann Feind ist, spielt keine Rolle. Ob ein Soldat Freund oder Feind kennt und versteht, spielt keine Rolle. Das ist eine so grobe Vereinfachung, dass sie zur Verfälschung wird. Doch weil das eine so grobe Vereinfachung ist, wird sie auch leicht zur Versuchung. Darum lässt sich die Idee auch leicht von einer militärischen Partei auf eine politische oder ökonomische übertragen. Es gelten einige Regeln nur im Umgang mit eigenen Bewegungen oder Unternehmen, andere oder gar keine im Umgang mit fremden. Gute Beispiele bilden manche „Wahlkämpfe“ oder „Übernahmeschlachten“. Schon die Wortwahl zeigt, dass ein solches Verhalten einen gesellschaftlichen Frieden gefährdet. Große Gesellschaften sollten wie kleine Gruppen einen Konsens über die Regelung von Konflikten akzeptieren, ohne den sie zerfallen. Die Übertragung der militaristischen Idee der einfachen Unterscheidung von Freunden und Feinden auf den sozialen, politischen und ökonomischen Bereich zerstört letztlich dessen Basis.

2. Militärisches Denken beruht zum Zweiten auch darauf, dass Menschen für gewisse Ziele töten oder sich töten lassen. Wie oben gesagt, ist das Militär definiert durch das Mittel der Waffe und die Waffe durch den Zweck der Verletzung oder Tötung. Soldaten sind also immer mögliche Totschläger. Dieses Prinzip setzt eine bestimmte Werteordnung voraus, in der die Sicherheit eines Staates höher geschätzt wird als das Leben und die Unversehrtheit eines Menschen. (Dies gilt sowohl für eigene (gestorbene) als auch für fremde (getötete) SoldatInnen bzw. BürgerInnen.) Dieses Prinzip lässt sich nicht einfach auf Politik und Ökonomie übertragen, doch zeigt sich in der Realität von unmenschlichen Arbeitsbedingungen in manchen Bergwerken oder extremer Folter auf Polizeistationen deren Entsprechung. Die Werteordnung der Demo-

kratie kennt aber nur einen anderen Wert, der höher geschätzt wird als der Wert des Lebens, und das ist der Wert der Menschenwürde. Aus dieser leiten sich alle anderen Menschenrechte wie Freiheits- und Gleichheitsrechte ab. Die Idee des Sterbens und Tötens für die staatliche Sicherheit widerspricht also den Ideen einer demokratischen Gesellschaftsordnung.

3. Militärisches Denken beruht zum Dritten darauf, dass wenige Menschen befehlen und viele Menschen gehorchen. Strikte Hierarchie gehört zum Wesen des Militärs, das ein entmenschlichtes Kollektiv und einen tödlichen Apparat darstellen soll. Wie das Freund-Feind-Prinzip bedeutet das Befehls-Gehorsams-Prinzip eine Simplifizierung von Komplexität, die in modernen pluralistischen Gesellschaften verführerisch wirkt. In Geschlechterverhältnissen, in Glaubensgemeinschaften, in Parlamenten und in Konzernen gibt es Entwicklungen in diese Richtung. Doch zum Wesen der Demokratie gehört eben die grundsätzliche Gleichberechtigung und Gleichstellung. Mit der Idee des Befehlens und Gehorchens ist das nicht vereinbar.

Resümee

Diese drei Argumente sollten die Wirklichkeit – und die Schädlichkeit – einer Militarisierung nicht nur von Kultur und Bildung, sondern auch von Politik und Ökonomie deutlich gezeigt haben. Die Bestimmung sowohl einer quantitativen als

auch einer qualitativen Militarisierung wurde hier begründet und belegt. Militarisierung wird also definiert als ein Mehr an militärischem Apparat und/oder ein Mehr an militaristischer Ideologie.

Daraus folgt, dass auch die Kritik an der Militarisierung antimilitaristisch und/oder gewaltfrei bestimmt werden kann. Beide Ansätze schließen sich nicht aus. Eine gewisse Spannung besteht dennoch. Ein Protest, der ernst genommen werden will, muss die zwei Fallen der Einseitigkeit vermeiden. Er darf nicht aus falsch verstandenem Antimilitarismus physische Gewalt gegen Militär befürworten, wenn er sich gegen Militarisierung als physisches Gewaltverhältnis richten will. Und er darf nicht aus falsch verstandener Gewaltfreiheit zwar den Apparat ablehnen, aber die diesen legitimierende Ideologie („Kampf“ gegen den Terror, „Schutz“ für Menschenrechte) anerkennen, wenn er sich gegen Militarisierung als offensichtliches Gewaltverhältnis richten will.

In Bezug auf Bildung bedeutet dies, dass sie darauf ausgerichtet werden muss, dass Schülerinnen und Schülern nicht nur Militär selbst, sondern auch militärische Prinzipien wie „Befehl und Gehorsam“ sowie „Freund oder Feind“ kritisch reflektieren. Es geht nicht darum, dass Lernende (offen oder verdeckt) mit Ideen wie Militarismus oder Pazifismus indoktriniert werden, sondern darum, dass Lehrende Themen wie Krieg und Gewalt, die in der Gesellschaft kontrovers erscheinen, auch im Unterricht wirklich kontrovers darstellen.

Text: Kai-Uwe Dosch

Stand: Februar 2013